

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
APRIL 2004

**Was die Amerikaner denken: über ihren Präsidenten, die Wirtschaft,
den Irak und den Benzinpreis
Viel Lärm um Richard Clarke**

**Wem ist die Nationale Sicherheitsberaterin rechenschaftspflichtig?
Immer größere amerikanische Ölreserve**

**„Europäisch gewachsener Jihad“
„Baby-Al-Kaidas“ auf dem Vormarsch
Von anderen Geheimdiensten lernen
Jobloses Wachstum? Mitnichten!**

Hamas ist nicht Al-Kaida

**Center on the United States and Europe bei Brookings
zehn Jahre Carnegie in Moskau**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 30. April 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Was die Amerikaner denken

Umfrageinstitute haben alle Hände voll zu tun; Präsidentschaftskandidat **John Kerry** und Präsident **George W. Bush** beschäftigen eigene *Pollster*, professionelle Statistiker und Politologen, die ihnen beim Morgenkaffee die Launen der Bevölkerung anhand von Zahlenreihen erklären. **Stan Greenberg** arbeitete für **Bill Clinton**, seitdem gilt er als Amerikas Umfrageguru. Als Inhaber von **Greenberg Research** und Autor einiger Bücher zum *State of the Union* hat er es zu Kultstatus gebracht. Ähnliches könnte denjenigen *Pollster* ereilen, der den Ausgang der Präsidentschaftswahl am 2. November voraussagen kann. Bislang, so haben die Statistiker vom **Pew Research Center** hochgerechnet, empfinden 48 Prozent der Amerikaner den Wahlkampf als langweilig; 48 Prozent finden ihn interessant. Im April haben führende *Pollster* die Amerikaner ausführlich zu den Befindlichkeiten befragt.

Die wichtigsten Umfrageergebnisse der zweiten Aprilhälfte sehen so aus:

Bush und Kerry (und Nader)

Zogby sieht Kerry weiterhin vor Bush. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen. Die Stimmen der Frauen hatten 1992 bekanntlich großen Einfluss auf den Wahlausgang. Damals wählten sie vornehmlich Bill Clinton; auch jetzt sieht es so aus, als favorisierten sie den Herausforderer.

	George W. Bush	John Kerry	Andere/ Unentschieden
	%	%	%
Gesamt	44	47	9
Männer	49	44	6
Frauen	39	50	11

Wird der Verbraucheranwalt **Ralph Nader** mitgezählt, der als unabhängiger Kandidat in den Wahlkampf eingetreten ist, so liegen Bush und Kerry gleich auf.

	George W. Bush	John Kerry	Ralph Nader	Andere/ Unentschieden
	%	%	%	%
Gesamt	45	45	3	7
Männer	50	43	4	3
Frauen	40	48	3	10

Zu einem rundweg anderen Ergebnis kommt **Gallup**. Hier wäre Massachusetts' Senator Kerry dem Amtsinhaber unterlegen. Käme Ralph Nader hinzu, dann würde Kerry das gleiche Schicksal ereilen, wie seinen Demokraten-Kollegen **Al Gore** bei der vergangenen Wahl – wenn die Wahl *jetzt* stattfände.

	George W. Bush	John Kerry	Keiner	Anderer	Keine Meinung
	%	%	%	%	%
Gesamt	48	45	4	1	2

	George W. Bush	John Kerry	Ralph Nader	Anderer	Keine Meinung
	%	%	%	%	%
Gesamt	47	43	4	3	3

Glaubwürdigkeit und Terrorbekämpfung

Die **Gallup Organisation** ist der öffentlichen Debatte um die Aussage von Sicherheitsberaterin **Condoleezza Rice** vor dem "9/11 Committee" auf den Grund gegangen (<http://www.gallup.com/content/print.aspx?ci=11251>). Frau Rice, so der Tenor, werde von der Bevölkerung grundsätzlich wohlwollend betrachtet. Allerdings seien mehr als die Hälfte der Amerikaner überzeugt, dass die Regierung hinsichtlich der Geheimdienstarbeit im Vorfeld der New Yorker Terroranschläge nicht die Wahrheit sagt. Dennoch: 46 Prozent schenken der Gallup-Umfrage zufolge den Aussagen der Regierung zu 9/11 Glauben; **Richard Clarke**, dessen Buch zum

Thema für viel Furore sorgte, glauben dagegen 44 Prozent; zehn Prozent wissen es nicht.

Parteilpolitisch aufgegliedert, ergeben sich keine Überraschungen: Republikaner glauben der Bush-Administration; Demokraten sehen in Clarke den Garanten der Wahrheit.

	Bush-		
	Richard Clarke	Administration	Keine Angabe
	%	%	%
Republikaner	11	83	6
Demokraten	76	13	11
Unabhängige	51	36	13

Gallup wollte auch wissen, ob die Amerikaner glauben, dass die Bush-Regierung bzw. die Clinton-Regierung die Terroranschläge vom 11. September 2001 hätte verhindern können. 67 Prozent verneinten, vertrauen also Präsident Bush, der sagte: „Hätten wir die notwendigen Informationen gehabt, um die Anschläge zu verhindern, dann hätte ich sie verhindert. Und ich bin überzeugt, dass das auch für jede andere Regierung zutrifft.“ Nur 27 Prozent unterstellen ihrer Regierung, dass sie in der Lage gewesen sei, die Anschläge abzuwehren. Wenn es allerdings um Schuldzuweisungen geht, dann kommt die Regierung von Bill Clinton schlechter weg als die von Präsident Bush. Generell glaubt die Mehrheit, dass keine der beiden Präsidentschaften alles getan habe, um die Anschläge zu verhindern. Bei der Bewertung von Bush sind es 54 Prozent, bei Clinton gar 62 Prozent. Gallup erklärt das Resultat: Im September 2001 sei Bush erst acht Monate im Amt gewesen; die neuen Erkenntnisse der „9/11 Commission“ zeigten aber, dass schon die Clinton-Administration lange um **Osama bin Laden** und seine Ziele wusste. Doch das lange Zögern der Bush-Leute, vor dem Ausschuss auszusagen, schwingt in allen Umfragen mit. So glauben 53 Prozent der Befragten, dass die Administration etwas zu verbergen habe.

Krieg im Irak, Zustimmungsraten des Präsidenten, Benzinpreis

Das **Pew Research Center for the People & the Press** kommt in einer weit gefassten Umfrageserie zu dem Ergebnis, dass die öffentliche Unterstützung für den

Krieg gegen den Irak – trotz der Grausamkeiten von Falluja – weiterhin stabil bleibt. (<http://people-press.org/reports/print.php3?PageID=809>).

In einem nähern sich die Amerikaner den Deutschen an: Der Benzinpreis spielt eine immer größere Rolle in ihrem täglichen Leben. War es seit der Ölknappheit in den siebziger Jahren gang und gebe, den Tank für eine Hand voll Dollar abzufüllen, so gehört der Kraftstoff mittlerweile für manchen zum Luxusgut. Über zwei Dollar pro Gallone würden sich nur noch die wenigsten wundern. So überrascht es nicht, dass 58 Prozent der Befragten die Entwicklung des Benzinpreises sehr genau verfolgen. Kein weiteres Nachrichtenereignis nimmt einen derart hohen Stellenwert in der Informationshierarchie der Amerikaner ein: Die Geschehnisse im Irak verfolgen 36 Prozent genau; die „9/11 Commission“ 29 Prozent; den Wirbel um das Buch von Richard Clarke 28 Prozent.

Viel Lärm um Richard Clarke, Wem ist die Nationale Sicherheitsberaterin rechenschaftspflichtig? Immer größere amerikanische Ölreserve; „Europäisch gewachsener Jihad“; „Baby-Al-Kaidas“ auf dem Vormarsch; Von anderen Geheimdiensten lernen; Jobloses Wachstum? Mitnichten! Hamas ist nicht Al-Kaida; Was die Amerikaner denken: über ihren Präsidenten, die Wirtschaft, den Irak und den Benzinpreis; Center on the United States and Europe bei Brookings; zehn Jahre Carnegie in Moskau

Richard Clarke, vormals Terrorbekämpfer im Staatsdienst, sorgt für viel Furore. Sein Buch „Against All Enemies“ und seine Aussagen darüber, dass die Administration die Terrorbedrohung durch Bin Laden nicht ernst genommen hat, ließen die Public-Relations-Leute des Präsidenten rotieren. Sogar Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sagte vor der unabhängigen „9/11“-Kommission aus. Die Wogen haben sich nicht geglättet. Selten warteten die Analysten der Think Tanks mit so deutlichen Worten auf – zur Arbeit der Regierung, zur Wirtschaftslage, zu den Europäern, zur Lage im Nahen Osten. Mit großen Schritten geht es auf die Präsidentschaftswahl zu, die Umfrageinstitute gewinnen an Beachtung und Einfluss. Der Demokrat John Kerry führt dabei knapp, wird die Rechnung mit dem parteiunabhängigen Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader gemacht, verschiebt sich das Ergebnis.

Viel Lärm um Richard Clarke

Mit seinem Buch „Against All Enemies“ hat **Richard Clarke**, Washingtons ewiger Präsidentenberater, großes öffentliches Aufsehen erregt. Zwar hat Clarke an den Terrorbekämpfungsstrategien aller Präsidenten seit **Ronald Reagan** viel auszusetzen. Doch **George Bush** und sein Team kamen mit Abstand am schlechtesten weg. Sie hätten **Al Kaida** und Terrorismus an sich anfangs überhaupt

nicht ernst genommen, schreibt Clarke. Ähnliches sagte er der überparteilichen „9/11 Commission“. Um zu verstehen, warum Clarkes Buch die amerikanischen Gemüter so sehr bewegte – Clarke tingelte von einer Polittalkshow zur nächsten – müsse man sich noch einmal die Umfragen der Zeit nach 9/11 ansehen, schreibt **Karlyn Bowman** vom **American Enterprise Institute**. Bowman, wichtige *Pollsterin* in Washington, beschreibt die Entwicklung: Kurz nach den Angriffen glaubten verschiedenen Umfragen zufolge nur etwa 45 Prozent der Befragten, dass die amerikanischen Geheimdienste versagt hätten. Bowman dazu: „Damals waren die Leute wohl noch nicht bereit, Schuld zu verteilen“. Das sei jetzt, mehr als zweieinhalb Jahre nach den Attentaten, anders. Erst kürzlich hat die *Los Angeles Times* eine Umfrage zu Clarkes Motivation veröffentlicht. Danach glauben 58 Prozent der Befragten, dass Clarke mit seinem Buch den Ausgang der Präsidentenwahl im November beeinflussen will; 50 Prozent meinten, er habe persönliche und politische Beweggründe gehabt, sein Buch gerade jetzt zu veröffentlichen. Allerdings: Nur 29 Prozent glaubten, das Buch sei eine Art Revanche dafür, dass Bush ihm den Posten des Heimatschutzministers verwehrt habe. Auf dem sitzt jetzt bekanntlich **Tom Ridge**. Wirkliche und vermeintliche Beweggründe hin und her – Newsweek hat herausgefunden, dass Clarkes Buch für 65 Prozent der Befragten nichts an ihrer Einstellung zum Präsidenten ändert.

Wem ist die Nationale Sicherheitsberaterin rechenschaftspflichtig?

Soll sie, muss sie, darf sie? In den vergangenen Wochen diskutierte Washingtons politisches Establishment, ob Amerikas **Nationale Sicherheitsberaterin, Condoleezza Rice**, vor der **September 11 Commission** aussagen solle, müsse, dürfe. Schlussendlich begab sich Frau Rice vor das überparteiliche Gremium; sie hatte sich allerdings verboten, dass ihr Erscheinen als Präzedenzfall verstanden wird. Doch Frau Rice hat den Ball ins Rollen gebracht; wäre es nach Vizepräsident **Dick Cheney** gegangen, hätte sie niemals ausgesagen dürfen. Schon als Chief of Staff unter Präsident **Gerald Ford** hatte Cheney sich jeder Aufweichung der Regierungsautorität verwehrt, ebenso als Oppositionsführer im House, ebenso als Verteidigungsminister. Als Präsident Ford freiwillig vor ein Kongressausschuss trat, um über seinen Vorgänger **Richard Nixon** auszusagen, grummelte Cheney noch. Als **Ronald Reagan** vom Kongress zur **Iran-Contra-Affäre** aussagen musste, tobte Cheney. Und: Cheney war auch nicht begeistert, als **Kenneth Starr** und seine Leute

Präsident **Bill Clinton**, wegen seiner Affäre mit **Monica Lewinsky**, zusetzen. Das entsprach nicht seinen Prinzipien, zumal es seinerzeit nicht einmal um eine Sicherheitsfrage ging. Die so genannte „9/11 Commission“ arbeitet schon seit Monaten, doch erst **Richard Clarkes** Buch „Against All Enemies“ und seine eidesstattliche Aussage haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Arbeit gelenkt. Cheneys altes Prinzip, dass jedwede Beeinträchtigung präsidentieller Autorität verhindert werden müsse, griff nicht. Zumindest Frau Rice musste aussagen. Das Weiße Haus *musste* mit einem Gegengewicht zu Clarke aufwarten – Frau Rice war einst seine Vorgesetzte. Der Auftritt der Sicherheitsberaterin vor der Kommission ist zweifellos als ein Präzedenzfall zu bewerten, meint **Bruce Ackerman**, Professor für Recht und Politik an der **Yale University**, für das Demokraten-freundliche **Center for American Progress** (<http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=44877>).

Grundsätzlich hätte der Präsident kein Recht, seinem Sicherheitsberater die öffentliche Aussage zu verwehren. Der Außenminister müsse schließlich regelmäßig vor der Legislative Rechenschaft ablegen. Dennoch bewegte das Zögern der Sicherheitsberaterin und vor allem Cheneys Einstellung die Gemüter; nach der Verfassung steht der Außenminister in der Hierarchie der Exekutive weit über ihr. Es wäre also nur logisch, wenn der Chefdiplomat seine Aussage verweigern dürfte. Ackerman blickt zurück auf die Evolution des Postens „Nationaler Sicherheitsberater“, um zu erklären, warum dieser der Öffentlichkeit eigentlich keine Aussage schuldig ist. 1947 stellte der Kongress eine kleine Gruppe von Mitarbeitern zusammen, die dem gerade ins Leben gerufenen Nationalen Sicherheitsrat dienen sollte. Präsident **Ike Eisenhower** ernannte dann den ersten „National Security Assistant“, der allerdings keinen großen Einfluss hatte, Eisenhower leitete die NSC-Sitzungen lieber selbst. Unter **John F. Kennedy** war **McGeorge Bundy** stellvertretener „Undersecretary of State“; auf diese Weise konnte Kennedy vermeiden, dass der Senat McGeorge Bundy in dem Amt eines hohen Beamten bestätigen musste. Das kam erst 1968. Damals ernannte **Richard Nixon** den Harvard-Professor **Henry Kissinger** zum Nationalen Sicherheitsberater. Erst als Kissinger Außenminister wurde, musste er regelmäßig vor dem Kongress Rechenschaft ablegen. Auch die Sicherheitsberater der Präsidenten **Jimmy Carter** und **Bill Clinton**, **Zbigniew Brzezinski** und **Samuel Berger**, haben sich vor der öffentlichen Aussage nicht gescheut. Selbst der Präsident ist ja vor der Aussage

nicht gefeit – man denke nur zurück an Bill Clinton, der vor dem **Supreme Court** zu seiner Beziehung mit **Paula Jones** aussagen musste. Professor Ackerman kommt daher zu dem Ergebnis, dass die Aussage von Condoleezza Rice alles andere als eine Ausnahme zu werten ist. Vielmehr werde deutlich, dass hohe Mitarbeiter im Umfeld des Präsidenten der Öffentlichkeit verantwortlich seien. Schließlich seien die Positionen ja von gewählten Volksvertretern geschaffen worden.

Immer größere amerikanische Ölreserve

Die USA hamstern Öl. Seit September 2001 fügt die Regierung der Strategischen Petroleum Reserve (SPR) täglich 160000 Barrel hinzu. Seitdem ist der Ölpreis von weniger als \$20 auf bis zu \$37 gestiegen. **Alan Reynolds**, Kolumnist und Senior Fellow beim **Cato Institute**, hört nun die Nachtigallen trapsen (<http://www.cato.org/cgi-bin/scripts/printtech.cgi/dailys/04-08-04.html>). Einerseits verlange die Administration, dass einzig der Markt und nicht das Öl-Kartell **OPEC**, den Preis des schwarzen Goldes bestimmen soll; andererseits hortet man selbst Öl und bringt damit den Markt durcheinander. Anders als sein Vater, **George H.W. Bush**, hat Präsident **George W. Bush** angekündigt, nicht einen Tropfen der wertvollen Reserve auf den Markt zu bringen. Vor allem Spekulanten rieben sich die Fäuste, so Reynolds, sie brauchten nur eins und eins zusammenzuzählen: Die OPEC-Staaten hatten sich darauf geeinigt, ihre Ölproduktion um vier Prozent zu drosseln, während die USA an den eigenen Reserven nicht nur festhalten, sondern diese noch erhöhen. Weitere Preissteigerungen sind damit vorprogrammiert, ebenso wie die Gewinne der Spekulanten, die nun gar nicht mehr spekulieren müssen. Nun ist der hohe Ölpreis auch den Amerikanern Grund zur Klage; der Benzinpreis erreicht immer neue Rekorde. Reynolds, der sich selbst als reformierten Währungsspekulanten bezeichnet, schaut zurück auf die vergangenen Jahrzehnte und rät dem Präsidenten, es seinem Vater gleich zu tun. Der hatte 1991 angekündigt, die USA würden ihre Reserven verkaufen. Geschehen ist das freilich nicht, aber die Märkte wurden ebenso unruhig wie die OPEC-Länder, die daraufhin ihre Produktion anfachten. Das Resultat: stabile Ölpreise um die Marke von \$20. Mit 700 Millionen Barrel Öl in der Hinterhand hätten die USA beim Ölpreis somit nicht nur *ein* Wörtchen mitzureden.

„Europäisch gewachsener Jihad“

Jihad, der „Heilige Krieg gegen die Ungläubigen“, wird zu großen Teilen von Europa aus geführt. Verschuldet hätten das die Europäer selbst, glaubt **Reuel Gerecht** vom **American Enterprise Institut**. Dabei reiht Gerecht sich mit seinen scharfen Worten nur in den weit verbreiteten Kanon der amerikanischen Öffentlichkeit ein, wenn er die „mangelhafte Integration“ von Muslimen in Europas „übermäßig säkulare Gesellschaften“ bemängelt (http://www.aei.org/news/filter.,newsID.20248/news_detail.asp). Die jungen, vor allem arabischen Moslems starteten ihre Reise als „westernisierte, modern ausgebildete Jugendliche mit geringem islamischen Glauben und enden als Praktiker des Bin-Ladenismus“ – ein ganz und gar europäisches Szenario, wie Gerecht schreibt. Der Analyst spricht vom „europäisch gewachsenen Jihad“. Ein Beispiel: Den Türken, die im Zusammenhang mit **Al Kaida** festgenommen wurden, sei gemein, dass sie in Deutschland aufgewachsen sind. Solche Extremisten seien eben kein Produkt des israelisch-palästinensischen Konflikts, auch nicht des ersten Golfkrieges, des algerischen Bürgerkriegs, des Bosnienkriegs, des Afghanistankriegs und all der anderen Krisenherde der muslimischen Welt, wie in Europa vielfach angenommen würde. Diese „Jihadisten“ nährten sich vielmehr am Anti-Amerikanismus der europäischen Linken, gewürzt mit 1400 Jahren christlich-islamischen Glaubenswettbewerb. Gerecht nennt das einen „Molotowcocktail aus dem Sozialisten und Anwalt der Dritten Welt, **Frantz Fanon**, und dem Moslebruder **Sayyid Quatb**. Als Geburtsstätte für islamistische Terroristen stehe Europa im direkten Wettbewerb mit Ägypten, Saudi Arabien und Pakistan. Und Al Kaidas Zukunft läge eben deshalb in Westeuropa; ohne die europäische Basis hätte es 9/11 nicht gegeben, glaubt Gerecht. Was Spanien angeht, so werde sich der Jihad hier nicht entscheiden; für die arabische Gefühlslage sei das Land unerheblich. Frankreich mit seiner schnell wachsenden islamischen Bevölkerung sei schon eher involviert; allerdings sei es großen Teilen der französischen Elite daran gelegen, dass das demokratische Experiment im Irak fehlschläge. Es werde interessant zu sehen, ob „Frankreichs Neid auf die amerikanische Hegemonie“ sich durchsetze, wenn heilige Krieger sich auch hier ihren Weg in den Himmel bomben würden.

„Baby-Al-Kaidas“ auf dem Vormarsch

Der Pakistani **Husain Haqqani** ist derzeit *Visiting Scholar* bei **Carnegie Endowment for International Peace** in Washington, DC. Seinem Heimatland dient er als Regierungsberater; auch Botschafter in Sri Lanka war Haqqani schon. Von Washington aus sendet er eisige Schauer körniger Kritik – nicht gegen die eigene Regierung, sondern gegen die seines Gastlandes (<http://www.rand.org/publications/RB/RB9047/>). Die Terrorstrategie des Präsidenten sei fehlgeschlagen, schreibt Haggani, statt Al Kaida auszumerzen, habe sie zur Entstehung vieler „Baby-Al-Kaidas“ geführt. Ein Ende sei nicht abzusehen, schließlich hätten die immer neuen Terroristenzellen eine gute finanzielle Ausgangsbasis – den Heroinhandel in Afghanistan. Vor 30 Monaten hat Präsident **Bush** dem Terror den Krieg erklärt, seitdem seien circa 70 Prozent aller Al-Kaida-Anführer im Gefängnis oder getötet. Die weltweiten Terroranschläge haben sich seitdem vermehrt; eine neue Generation von Terroristen wächse heran. Hagganis Frage: „Unterschätzt die amerikanische Regierung den Feind oder ist sie vom Kampf gegen den Terror abgelenkt durch ihr grandioses Vorhaben, den Nahen Osten umzubauen und zu demokratisieren?“ Bislang galt schließlich, dass dem Terrorismus die staatliche Basis entzogen werden müsse – ergo der Krieg in Afghanistan. Damit sei aber der Terrorismus noch nicht besiegt. Das Land am Hindukusch sei vielmehr ein „sicherer Hafen für Drogenhandel und Terrorismus“, schreibt Haggani. Alles, was nun in Afghanistan von Seiten der USA geschehe, sei ein Tropfen auf den heißen Stein, das Grundübel würde nicht beseitigt.

Von anderen Geheimdiensten lernen

„Was die USA im Kampf gegen Terrorismus und über den Einsatz des Geheimdienstes von anderen Demokratien lernen können“, beschreibt die **RAND Corporation** (<http://www.rand.org/publications/RB/RB9047/>). Das **Federal Bureau of Investigation** und die **Central Intelligence Agency** waren infolge von 9/11 vielfach beschuldigt worden, die Terrorangriffe nicht verhindert zu haben. Die Politik reagierte und forderte daraufhin die Schaffung einer Institution, die sich ausschließlich der Terrorbekämpfung verschreibt. RAND ist nun in die Debatte eingetreten. Die Institution hat die Arbeit der Geheimdienste Großbritanniens, Kanadas, Frankreichs und Australiens untersucht. Ihnen gemein sei eine „Kultur der Prävention“: ausgestattet mit klarem Mandat, üppigen Ressourcen und

entsprechender Expertise könnten sie sich ganz und gar darauf konzentrieren, Terrorangriffe zu verhindern. Da diese Agenturen über keine polizeilichen Zuständigkeiten verfügen, müssten sie eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Der RAND-Studie zufolge werden hier nützliche Kräfte gebündelt. Die wichtigste Komponente der Terrorismusbekämpfung sei HUMINT, human intelligence, ergo der Mensch. Es würden Terror-Insider rekrutiert – eine Strategie, die sich bei der Aushebung von „Terroristennestern“ und der Analyse terroristischer Strategien und Intentionen als äußerst wirksam erwiesen habe. Bei der Rekrutierung eigener Mitarbeiter könnten die Geheimdienste dieser Staaten auf einen großen Personalpool zurückgreifen. Der Grund: die Trennung von Polizei und Geheimdienst. Gerade Linguisten, Historiker, Ökonomen, Psychologen und Sozialwissenschaftler, die seltener daran interessiert seien, sich in die Dienste der Polizei zu stellen, hegen gegenüber einer Anstellung beim Geheimdienst Interesse. Allerdings, so RAND, gäbe es auch bei den Agenten dieser Länder zahlreiche Pannen. So zum Beispiel als der britische **MI5** den vermeintlichen „Schuhbomber“ **Richard Reid** zunächst nicht einordnen konnte. Hinzu komme die Verletzung von Menschenrechten im Namen der Terrorbekämpfung. Als Beispiele nennt die Studie die Aktionen des französischen **DST** gegenüber Anhängern des Islam, obgleich nicht festgestanden habe, ob diese Verbindungen zum Terrorismus hatten, und die „shoot-to-kill“-Politik des **MI5** gegenüber der **IRA**. RAND bemängelt, dass die untersuchten Geheimdienste keiner genauen demokratischen Kontrolle unterlägen; vielmehr sehe es so aus, als hätten gerade **MI5** und **DST** für ihre Terrorismusbekämpfung eine „carte blanche“ in der Hand. Entgegen ihrer Gewohnheit gibt die RAND-Corporation der Regierung keine Empfehlung. Ob die USA einen Geheimdienst eigens für den Anti-Terror-Kampf benötigen, lässt die Denkfabrik offen, mahnt aber, dass Terrorbekämpfungsmaßnahmen nicht den Prinzipien der offenen Gesellschaft widersprechen dürfen.

Jobloses Wachstum? Mitnichten!

Die Zyklen der amerikanischen Volkswirtschaft sind kurz. Sahen pessimistische Analysten und demokratischen Präsidentschaftskandidaten das Wachstum bis vor wenigen Wochen noch auf den ökonomischen Abgrund zurasen, so warnt Notenbankchef **Alan Greenspan** jetzt schon wieder vor einer „Überhitzung“. Zwar wachse die Wirtschaft, gab selbst der Star-Ökonom **Paul Krugman** in seinen

Kolumnen für die *New York Times* zu. Doch auf den Arbeitsmarkt wirke sich das nicht aus. Es galt das geflügelte Wort des „joblosen Wachstums“. Fügt man das „Job Puzzle“ zusammen, das **Roger Kubarych** vom **Council on Foreign Relations** vorstellt, sieht die Welt anders aus (http://www.cfr.org/pub6922/roger_m_kubarych/the_jobs_puzzle.php#). Das kräftige Wachstum der vergangenen Monate habe zu Lieferschwierigkeiten geführt; die Produktion komme nicht mehr nach. Seit 1994 habe es nicht mehr so viele Verspätungen bei der Lieferung gegeben. Zwar seien viele Betriebe noch vorsichtig – Hunderttausende von neuen Jobs wie während der High-Tech-Bubble dürften auch jetzt nicht erwartet werden –, doch das Wachstum werde sich schon recht bald in den Arbeitsmarktstatistiken niederschlagen, prognostiziert der Analyst Kubarych.

Anfang April berichtete das **Arbeitsministerium**, im März seien 308.000 neue Arbeitsplätze entstanden seien. Allerdings gilt auch: Seit März 2001 sind zwei Millionen Jobs verloren gegangen. **Tim Kane**, Volkswirt beim **Heritage Center for Data Analysis** widerspricht – es hänge alles von der Statistik ab, die man benutzt (<http://www.heritage.org/Press/Commentary/ed040704a.cfm?RenderforPrint=1>). Das Arbeitsministerium rechnet mit dem **Payroll Survey**, und das bereits seit 1939. Der Survey zählt Jobs, nicht Arbeitnehmer. Das größte Problem sei, so Kane, dass viele Jobs doppelt gezählt würden, nämlich immer dann, wenn monatlich zwei bis drei Prozent der Arbeitnehmer ihre Arbeitsstelle wechseln. Der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt nach 9/11 sei also nur eine Illusion. Es seien nur die Doppelzählungen gewesen, die sich verringert hätten. Der Unsicherheiten und Unwägbarkeiten wegen hätten die Leute an ihren Jobs festgehalten. Auf diese Weise seien seit 2001 eine Million Jobs künstlich verloren gegangen. Im Lichte anderer Wirtschaftsindikatoren stelle sich die Arbeitsmarktsituation Kane zufolge so dar: Die Arbeitslosenrate bewegt sich in einer „natürlichen“ Höhe; die Realeinkommen sind in den vergangenen drei Jahren um drei Prozent gestiegen; Anträge auf Arbeitslosenunterstützung liegen um 10 Prozent unter ihrem historischen Durchschnitt – und dass, ohne demographische Angleichung. Noch deutlicher sprächen die Zahlen des **Household Survey**, berechnet vom Arbeitsministerium: im März waren 138,3 Millionen Menschen beschäftigt – 600.000 mehr als beim Amtsantritt von Präsident **George W. Bush** im Januar 2001. Aber der Payroll Survey habe - laut Kane - noch mehr Fehler: Er zähle weder Selbständige, noch „Freie

Mitarbeiter“, wie Consultants u.a. Kane schwenkt seinen Blick zurück auf 1992, die Zeit das **Bill Clinton**, der Amerikas Wähler mit Slogans wie „It’s the Economy, Stupid“ und „People First“ überzeugte. Auch damals hätte die Öffentlichkeit über „jobloses Wachstum“ geklagt – und George Bush abgewählt; erst später, nach der Wahl und nach der Bereinigung der Statistiken, habe sich gezeigt, dass im Jahr vor den 1992er Wahlen 900000 Jobs – netto – entstanden waren. Unglücklich für den jetzt amtierenden Präsidenten: Die aktuelle Statistik wird erst im Januar 2005, drei Monate nach der Wahl, bereinigt.

Hamas ist nicht Al-Kaida

Henry Siegman, prominenter Senior Fellow für Nahost-Studien beim New Yorker **Council on Foreign Relations**, sorgt sich, dass **Ariel Sharons** Politik einen „heiligen Krieg“ auslösen könnte (http://www.cfr.org/pub6919/henry_siegman/sharons_gamble_could_trigger_a_holy_war.php). Seit dem 11. September 2001 verbreite Israels Premier nun schon, dass er keinen großen Unterschied zwischen **Al Kaida** und **Hamas** kenne, dass Israels Krieg gegen die palästinensische Widerstandsbewegung im Prinzip eine Vorhut von **George W. Bushs** weltweitem Anti-Terror-Kampf sei. So rechtfertige Israel auch die Morde an Hamas-Führern. Siegman schreibt: „Die Analogie zwischen Hamas und Al Kaida ist falsch.“ Hamas sei immer noch eine Befreiungsbewegung mit einer klaren politischen Agenda – die Gründung eines Staates Palästina. Bislang sei es, so Siegman, um eine politische Auseinandersetzung gegangen. Selbst Saudi Arabiens **Kronprinz Abdullah** hätte ihm, Henry Siegman, gesagt, dass sein Land auf einen Kompromiss baue, der die Grenzen von vor 1967 zugrunde lege. Danach würde auch das Königreich normale diplomatische Beziehungen mit Israel eingehen. Es nütze nichts, dass Sharon und andere die jüngsten Tötungen von Hamas-Anführern mit Hinweis auf die vielen toten israelischen Zivilisten rechtfertigten. Dadurch seien Palästinenser und Israelis nun in Gefahr, ihre „politische“ Auseinandersetzung als „religiösen Krieg“ fortzuführen. Für die scheinbar unkritische Haltung der Bush-Administration gegenüber den gezielten Tötungen hat Siegman aus seiner Sicht kein Verständnis.

What's New?

Future of Children

„Die Zukunft der Kinder“ – **Future of Children** – heißt ein neues Gemeinschaftsprojekt der **Brookings Institution** und der **Woodrow Wilson School of Public and International Affairs** der Princeton University. **Strobe Talbott**, Präsident von Brookings, eröffnete damit eine „neue Welle“ der Zusammenarbeit von wichtigen Universitäten und Think Tanks. Über die Arbeit des Projekts und neue Forschungsergebnisse wird zweimal jährlich das Magazin „The Future of Children“ berichtet. Herausgegeben wurde es bislang von der **David and Lucile Packard Foundation**. Deren Direktoren hatten sich schon länger nach einem neuen Team für die wichtige Publikation umgesehen. **Isabel Sawhill** und **Ron Haskins**, die Direktoren der **Welfare Reform & Beyond Initiative** von Brookings, hatten sich gemeinsam mit Professoren der **Princeton University** um die Herausgeberschaft der Zeitschrift bemüht – und den Zuschlag bekommen. Themenschwerpunkte sollen sein: Probleme von Familien mit geringem Einkommen und die Frage der Immigranten.

Center on the United States and Europe bei Brookings

Die **Brookings Institution** hat Konsequenzen aus den „ernsthaften transatlantischen Meinungsverschiedenheiten“ gezogen; im April verkündete der renommierte Think Tank die Gründung des **Center on the United States and Europe** – www.brookings.edu/cuse. Anfangs soll die Arbeit drei Schwerpunkte haben: Die USA und Europa in der globalen Arena, besonders im Nahen Osten; die Europäischen Friedenszonen, besonders mit Blick auf den Balkan, Russland, die Türkei und die Ukraine; die Konsequenzen der Europäischen Integration für die Vereinigten Staaten. Die bestehenden Brookings-Programme für Frankreich, die Türkei und Russland werden sich unter dem Dach des neuen Centers wieder finden; ein neues Programm für Italien ist in Planung. Direktor ist **Philip Gordon**. Folgende Diskussionsforen gehören zum Center: Das **Daimler-Chrysler U.S.-European Forum on Global Issues** – ein halbjährlich stattfindender Experten-Dialog; die **U.S.-Europe Roundtable Series** – eine Diskussionsrunde mit europäischen Beamten, Politikern, Wirtschaftsleuten, Analysten und Akademikern; **Leadership Foren**. Eine Gruppe europäischer Akademiker wird das Center beraten.

Zehn Jahre Carnegie Moscow Center

Das **Carnegie Moscow Center** feiert sein zehnjähriges Bestehen. 1994 war die Institution als erster russischer Think Tank amerikanischer Machart entstanden.

Anthony Harrington, ehemals amerikanischer Botschafter in Brasilien, und **Alain Belda**, Präsident und CEO des Aluminiumgiganten **Alcoa**, sind in das Beratungsgremium von **Brazil@The Wilson Center** berufen worden.

Bibliographie

Bruce, Ackerman, A Precedent-Setting Appearance, Washington, DC, Center for American Progress, April 2004.

<http://www.americanprogress.org/site/pp.asp?c=biJRJ8OVF&b=44877>.

Karlyn Bowman, To Understand Clarke's Impact, We Must Review Post-9/11 Polls, American Enterprise Institute, Washington, DC, 2004. <http://www.aei.org/news20250>.

Marc Gerech, Holy War in Europe, American Enterprise Institute, On The Issues, Washington, DC, April 2004.

http://www.aei.org/news/filter.,newsID.20248/news_detail.asp.

Husain Haqqani, The Rise of the Baby Al-Qaidas, Salon.

http://www.salon.com/opinion/feature/2004/04/07/al_qaidas/print.html.

Tim Kane, Labor's Lost Jobs, Washington, DC, The Heritage Foundation, April 2004.

<http://www.heritage.org/Press/Commentary/ed040704a.cfm?RenderforPrint=1>.

Roger Kubarych, The Jobs Puzzle, New York, Council on Foreign Relations, April 2004. http://www.cfr.org/pub6922/roger_m_kubarych/the_jobs_puzzle.php#.

Frank Newport, Condoleezza Rice Has Generally Favorable Image, over half of Americans believe Bush administration is not telling all it knows about pre-9/11 intelligence, Washington, DC, The Gallup Organization, April 2004, <http://www.gallup.com/content/print.aspx?ci=11251>.

Pew Research Center for the People & the Press, Public Support for War is Steady, But Bush Job Ratings Slip After Falluja, Survey Reports, Washington, DC, April 2004. <http://people-press.org/reports/print.php3?PageID=809>.

RAND Corporation, Confronting the "Enemy Within", what Can the United States Learn About Counterterrorism and Intelligence from Other Democracies? Washington, DC, April 2004. <http://www.rand.org/publications/RB/RB9047/>.

Alan Reynolds, Oil Reserves and Politics, Cato Institute, Washington, DC, April 2004.

<http://www.cato.org/cgi-bin/scripts/printtech.cgi/dailys/04-08-04.html>.

Henry Siegman, Sharon's Gamble Could Trigger a Holy War, New York, Council on Foreign Relations, April 2004

http://www.cfr.org/pub6919/henry_siegman/sharons_gamble_could_trigger_a_holy_war.php.

Think Tanks im Internet (Auswahl)

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: www.centerforamericanprogress.org

Center for National Policy (CNP): www.cnponline.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Hoover Institution: www-hoover.stanford.edu

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

Progressive Policy Institute: www.ppionline.org

RAND Europe: www.rand.org/randeurope

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 30. April 2004